

#### 4.2. ✎ Verflechtung, Entflechtung oder etwas anderes? Friedensstrategische Implikationen von Handel mit Blick auf China

4  
112

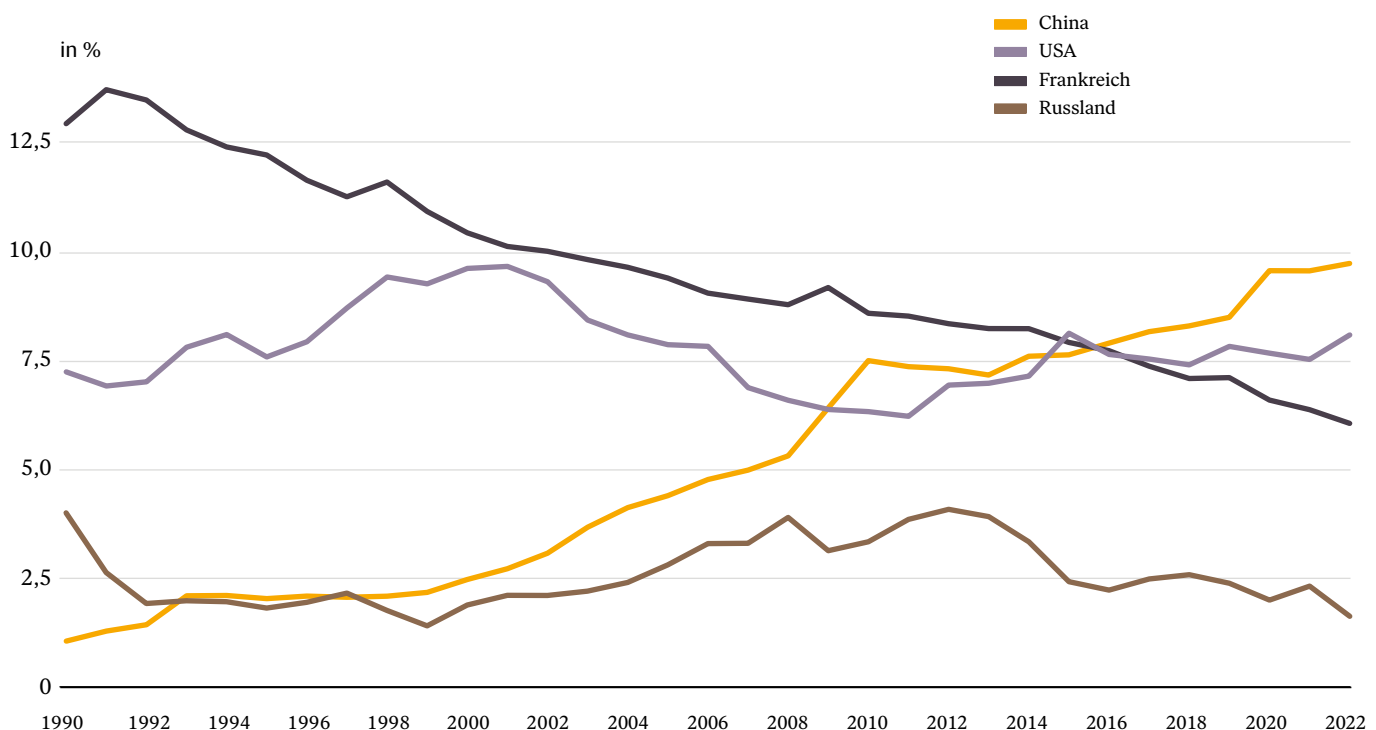
Die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen von Russlands Angriffskrieg, aber auch ihre gezielte Instrumentalisierung, haben weltwirtschaftlich eine neue Ära eingeleitet, in der geopolitische Strategien eine deutlich größere Rolle spielen. Wie lässt sich diese Ära friedenspolitisch gestalten, ohne die Frontstellung zwischen dem politischen Westen und „dem Anderen“ noch weiter zu verstärken? In der Debatte geht es in erster Linie darum, aus der Konfrontation mit Russlands Aggression Lehren zu ziehen für eine zukünftige Handelsstrategie gegenüber Autokratien – insbesondere mit Blick auf das Verhältnis zu China. Gegenwärtig bereitet die Bundesregierung eine eigene Chinastrategie zu diesen Fragen vor. Der Fokus auf China liegt nahe, weil es erstens in Territorialkonflikte mit mehreren Nachbarländern verstrickt ist, worin ein latentes oder sogar akutes Kriegsrisiko liegt. Zweitens ist die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland und China ungleich größer als die mit Russland – die bilateralen Handelsvolumen betrugen 2021 etwa 247 Mrd. € mit China gegenüber 60 Mrd. € mit Russland; 9,6 % beziehungsweise 2,3 % des deutschen Außenhandels (→ Destatis 2023).

Deutschlands  
Verflechtung mit  
China ist größer  
als mit Russland

Die Anteile ausgewählter Staaten am deutschen Außenhandel verdeutlichen die stetig steigende Bedeutung Chinas als Handelspartner sowie den vergleichsweise geringen Anteil Russlands → **22**/112. Seit 2020 ist China außerdem der größte Handelspartner der EU – noch vor den USA. Würden Deutschland und die EU im Falle eines aggressiven chinesischen Vorgehens etwa gegenüber Taiwan analoge Sanktionen verhängen, würde dies entsprechend größere eigene Opfer erfordern. Als Konsequenz mehrten sich 2022

#### 22 Deutscher Außenhandel mit ausgewählten Staaten (1990–2022)

Quelle → 4/121



Forderungen, Verflechtungen schon im Vorfeld möglicher Konflikte zu reduzieren, um die eigene Verwundbarkeit zu mindern und im Ernstfall Handlungsfreiheit zu bewahren (→ Benner/Fix 2022). Unter dem Primat, „Abhängigkeiten“ zu beseitigen, wird eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China inzwischen oft kritisch oder gar als sicherheitspolitisches Problem gesehen. Der heftige regierungsinterne Streit um die Minderheitsbeteiligung einer chinesischen Reederei an einem Terminal des Hamburger Hafens war hierfür ein prominentes Beispiel.

Diese veränderte Wahrnehmung führt zu verschiedenen Modellen einer zukünftigen Verflechtungsstrategie gegenüber China. Sie sollen mithilfe der Forschungserkenntnisse zu Interdependenz im Folgenden kritisch diskutiert werden. Welches Modell ist aus friedenspolitischer Sicht sinnvoll? Kann man weiterhin darauf bauen, dass wirtschaftliche Verflechtung per se eine Hemmschwelle für Konflikte darstellt und sie entsprechend bedenkenlos vorantreiben? Sollte man stattdessen eine generelle wirtschaftliche Entflechtung gegenüber China anstreben und vermehrt auf Handelsverflechtungen mit gleichgesinnten Demokratien, ein sogenanntes „Friendshoring“, setzen? Oder besteht die Lösung in der Konzentration auf bestimmte neuralgische Punkte und Güterkategorien, in denen überproportionale Abhängigkeiten von China bestehen?

## VERFLECHTUNGSRISIKEN MIT CHINA?

Zunächst ist eine Bestandsaufnahme des Status Quo notwendig. Deutschland und China sind zwei große, diversifizierte und auf globale Lieferketten angewiesene Volkswirtschaften, deren Handel sich für beide Seiten nur schwerlich politisch instrumentalisieren lässt. Für Deutschland ist China inzwischen der wichtigste bilaterale Handelspartner. Gemäß der Daten des Statistischen Bundesamts (→ Destatis 2023) haben 2021 Exporte nach China 7,5 % der Gesamtsumme ausgemacht; bei den Importen beträgt die Quote 11,9 %. Laut entsprechenden chinesischen Statistiken (→ GACPRC 2023) macht Deutschland 3,4 % der eigenen Exporte und 4,5 % der Importe aus. Dieser Unterschied ist vor allem Chinas größerem BIP und seiner traditionellen Verflechtung mit den USA und asiatischen Staaten geschuldet; klar ist aber, dass beide Wirtschaften global hochgradig vernetzt und diversifiziert sind. Betrachtet man Deutschland zudem als Teil des gemeinsamen EU-Wirtschaftsraums, der sanktionspolitisch kollektiv handelt, so verschieben sich die strukturellen Kräfteverhältnisse deutlich: Die EU ist mit 14,2 % der chinesischen Exporte und 11,3 % der Importe wiederum Pekings wichtigster Handelspartner.

Asymmetrien  
im Handel mit China  
zugunsten der  
deutschen Wirtschaft

In der Struktur des Gesamthandels ergeben sich eher Asymmetrien zugunsten der deutschen Wirtschaft. Diese exportiert nach China vor allem Kraftfahrzeuge und deren Teile (insgesamt 26,6 Mrd. €; → Destatis 2023) sowie zahlreiche Güter aus dem Bereich Maschinen- und Anlagenbau (21 Mrd. €). In dieser Kategorie finden sich Spezialmaschinen für den industriellen, medizinischen und landwirtschaftlichen Bereich, die in China selbst nicht in gleicher Qualität produziert werden und deren Wegfall entsprechende Produktivitätsminderungen zur Folge hätten. Aus China werden hingegen vor allem

elektronische Konsumgüter wie Computer (17,7 Mrd. €) und Mobiltelefone (12,2 Mrd. €) importiert, deren Endfertigung traditionell der „Weltfabrik“ obliegt, prinzipiell aber auch an anderen Standorten wie Indien oder Südostasien praktikabel ist. Umgekehrte Asymmetrien finden sich dagegen beispielsweise im Bereich seltener Erden, die zu einem Großteil aus China kommen.

Diese Fakten decken sich mit den Diskursen, die in China über die wirtschaftliche Sicherheit des Landes geführt werden. Diese sehen in einer Abkopplung von globalen Lieferketten und dem Entzug fortgeschrittener westlicher Technologien massive Risiken für die eigene Zukunft. Insbesondere die US-Politik, China in strategisch relevanten Bereichen wie der Halbleiterindustrie zu sanktionieren und Alliierte zu ähnlichen Schritten zu drängen, ist eine Bedrohung für die chinesische Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit. In seiner Ansprache vor dem 20. Parteikongress im vergangenen Jahr verwies Xi Jinping mehrfach auf die Notwendigkeit, „in Wissenschaft und Technologie autark zu werden“, da man nur so das ambitionierte Ziel erreichen könne, bis 2035 zu den hochentwickelten Ländern aufzuschließen. Wo sich die deutsche Abhängigkeitsdebatte auf den möglichen Verlust eines wichtigen Absatzmarktes konzentriert, steht für Chinas Führung ein politisches Großziel auf dem Spiel, an dessen Erreichen sie ihre eigene Legitimität gekoppelt hat. Diese Wahrnehmung der eigenen Verwundbarkeit zeigt, dass China in möglichen Auseinandersetzungen mit großen, technologisch weiter fortgeschrittenen Handelspartnern ungleich mehr zu verlieren als zu gewinnen hat, und sich selbst als Opfer von strategischer Entflechtung und des Einsatzes von „Interdependenz als Waffe“ sieht.

Angesichts dieser strukturellen Benachteiligung kann eine Asymmetrie zu Chinas Gunsten nur für wenige ausgewählte Bereiche identifiziert werden. Sie besteht, wenn überhaupt, eher in einem Willen Chinas, enorm hohe Kosten in Kauf zu nehmen, vor allem wenn es darum geht, Kontrolle über Taiwan wiederzuerlangen. Für die regierende Kommunistische Partei ist dies zweifellos ein symbolisch sehr wichtiges Ziel. Diese Konfliktegefahr ist real und damit auch das Szenario, auf das Deutschland mit der Verhängung von Sanktionen reagieren müsste. Hierzu gibt es zwar keine formale Verpflichtung oder spezifische Ankündigung der Bundesregierung, allerdings bestünde im Fall der Fälle erheblicher politischer Druck vonseiten der Öffentlichkeit und verbündeter Staaten wie den USA.

Gerade vor dem Hintergrund dieses Szenarios sollte eine zukünftige Handelsstrategie gegenüber China die Balance zwischen drei Zielen finden: Einerseits müssen neuralgische Punkte vor allem bei Importen aus China identifiziert und eliminiert werden, die sich im Konfliktfall als politisches Druckmittel gegen Deutschland und die EU nutzen ließen. Andererseits sollte eine künftige Handelsstrategie einen positiven Beitrag zum Erhalt des friedlichen Status Quo in Ostasien leisten. Nicht zuletzt aus Abschreckungsgründen ist es wichtig, dass für den Fall steigender Spannungen glaubwürdige Sanktionsdrohungen bestehen. Ein präemptiver, genereller Abbau von Handelsbeziehungen würde dieses Einflussmittel aus der Hand geben. Schließlich muss eine solche Strategie darauf achten, die Frontstellung zwischen dem Westen und China nicht noch weiter zu verschärfen.

Einflussmöglichkeiten  
durch Handelsbeziehungen  
nicht aus der Hand geben

Im Folgenden werden diese Optionen diskutiert – bezogen auf China selbst, aber auch in ihren breiteren Auswirkungen. Dabei zeigt sich, dass die Extrempunkte des Spektrums möglicher Strategien – eine generelle wirtschaftliche Entflechtung und der unregulierte Wildwuchs – friedensstrategisch wenig tauglich sind. Wichtiger wird es sein, kontrollierte, minimalinvasive Entflechtungen in neuralgischen Handlungsfeldern vorzunehmen und diese mit Verflechtungsangeboten an Länder aus dem Globalen Süden zu koppeln.

**1 Decoupling/breite Entflechtung** Entflechtung bezeichnet eine grundlegende Veränderung der Handelsstrategie Deutschlands und Europas, die auf die generelle Reduktion des China-Anteils am eigenen Außenhandel abzielt. Decoupling wird zwar politisch überwiegend abgelehnt, findet aber immer häufiger Eingang in die Debatte. Auch wenn kaum jemand ernsthaft ein Decoupling vorschlägt, werden teils Erwartungen geweckt, dass eine entsprechend ausgestaltete Politik den China-Anteil am Außenhandel signifikant reduzieren oder sogar wirtschaftliche Autarkie herstellen könnte.

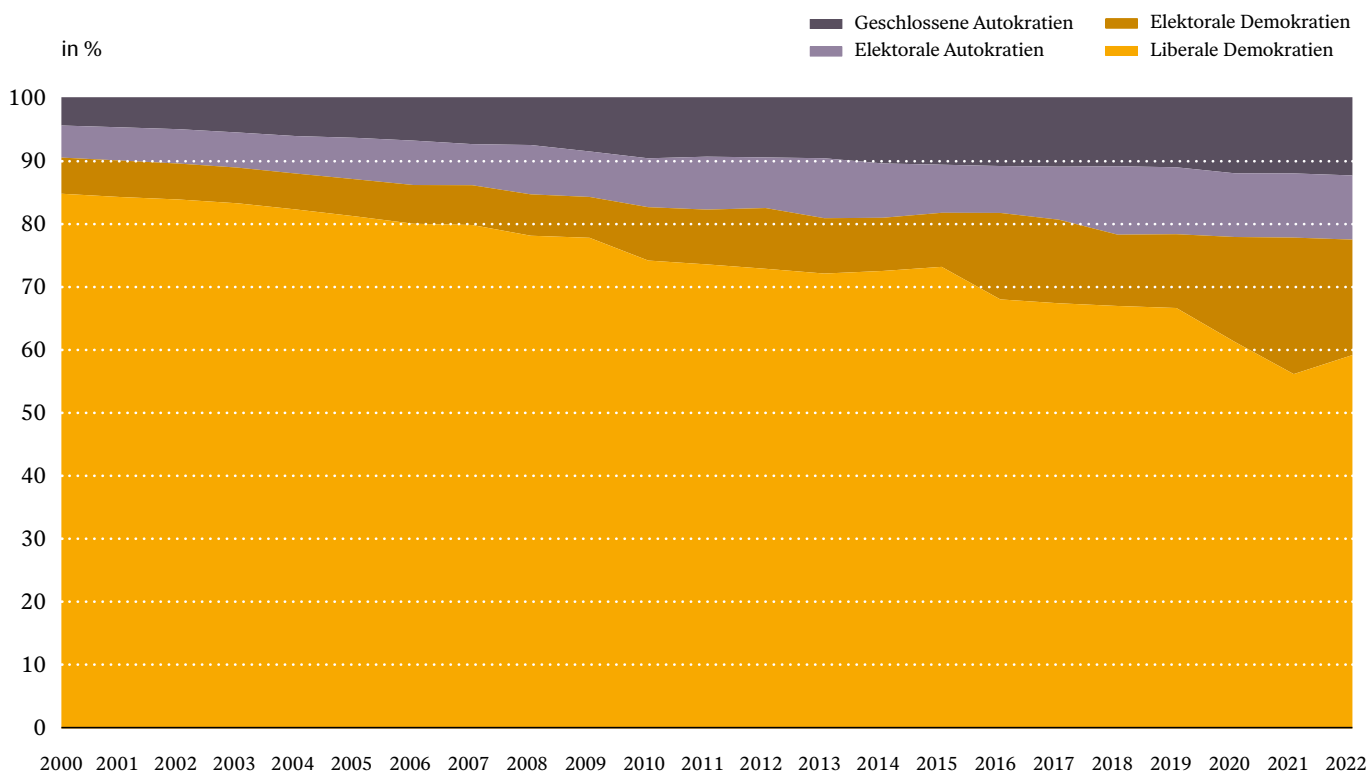
Vor dem Hintergrund eines möglichen militärischen Konflikts um Taiwan sollen gemäß dieser Position Verflechtungen präventiv rückgebaut werden. Unternehmen sollen ihre Produktionsstätten an andere Standorten verlagern und alternative Lieferant:innen für Rohstoffe und Schlüsselkomponenten ihrer Wertschöpfungsketten suchen. Decoupling verbindet sich mit Ideen von Wirtschaftsautarkie, die aber nicht mehr – historisch vertrauter – national verstanden, sondern zusehends regional (On- und Nearshoring) oder politisch begriffen werden (Friendshoring). On- und Nearshoring beschreiben Strategien der Rückverlagerung von Produktionsstätten und Absatzmärkten in den Nationalstaat oder das benachbarte Ausland. Mit Blick auf Europa geht es dabei zumeist um die EU. Nationale und europäische „Champions“ sollen aufgebaut werden, um in kritischen Bereichen und Schlüsseltechnologien dafür zu sorgen, dass Europa nicht in Abhängigkeit geraten kann. Friendshoring, das auf eine Überlegung der US-amerikanischen Finanzministerin Janet Yellen zurückgeht, meint ein Handelsmodell, das Handelsströme umleitet und den Handel mit Gleichgesinnten – gemeint sind zumeist Demokratien – in den Mittelpunkt stellt. Der Abbau von Handelsverflechtungen mit China (und anderen Autokratien) würde darin münden, Handelsbeziehungen mit demokratischen Staaten aufzubauen und zu intensivieren. Der deutsche Außenhandel findet zunehmend mit Staaten statt, deren Regimetyp stetig autokratischer wird: Fand 2000 noch etwa 84 % des deutschen Handels mit anderen liberalen Demokratien statt, sind es heute 59 % → **23**/116. Dieser Trend ergibt sich einerseits aus der Vertiefung von Handelsbeziehungen mit Autokratien (vor allem China; 9,7 % des deutschen Außenhandels 2022, → **22**/112 und andererseits aus der Illiberalisierung von zuvor liberalen Demokratien (unter anderem Polen; 5,5 % des Außenhandels 2022).

Die Idee einer breiten Entflechtung ist – stark vereinfacht – ein Plan für wirtschaftliche Autarkie, der sich realiter nicht vollständig verwirklichen lassen wird. Dennoch wird eine wachsende Autarkie auf beiden Seiten den Verlust der verbleibenden Beziehungen für beide Seiten immer leichter machen. Das wäre aber kein positiver Beitrag zum Erhalt des Status Quo in Ostasien, sondern würde aus deutscher Sicht lediglich einen Schutz gegenüber den Konsequenzen seines Zusammenbruchs darstellen. Entflechtung oder Decoupling ist eine Strategie, um zukünftige Kosten eines einseitigen Abbruchs einer Interdependenzbeziehung präventiv abzufedern. Dadurch nimmt sie der anderen Seite aber auch genau die Anreize, die sie von gewalttätigen Handlungen abhalten sollen, nämlich das Interesse daran, gewinnbringende Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus geht eine Entflechtung potenziell mit enormen Kostensteigerungen für Deutschland und Europa einher, weil sie zentrale Absatzmärkte abschneidet und gleichzeitig kostengünstige Produktionsstätten ausschließt. On- oder Nearshoring bedeutet für Europa teils deutlich höhere Produktionskosten und birgt zudem das unzureichend diskutierte Problem, dass wichtige Rohstoffe und Komponenten in Wertschöpfungsketten in diesen geografischen Räumen nicht verfügbar sein werden. Das gilt auch für die verwandte Strategie des Friendshorings, also die Konzentration von Handelsbeziehungen auf gleichgesinnte Demokratien. Diese Variante erhöht zwar den geographischen Radius erheblich, wird das Problem aber nicht in allen Fällen lösen können. Sie fügt sogar noch eine weitere Schwierigkeit hinzu, da Rohstoffvorkommen nicht mit Demokratievorkommen korrelieren. Rohstoffe, insbesondere wenn sie wertvoll und leicht

### 23 Deutscher Außenhandel nach Regimetyp des Partnerlandes (2000–2022)

Quelle → 4/121



abzubauen sind, kommen vor allem in Regionen mit schwacher Staatlichkeit und geringer Demokratiequalität vor. Zudem grenzt Friendshoring aus: Je mehr der Handel sich auf Demokratien konzentriert, die gegenwärtig nicht einmal die Hälfte aller Staaten ausmachen, desto stärker werden Staaten ausgegrenzt und herabgesetzt, die aus Sicht westlicher Demokratien nicht demokratisch sind. Das birgt in der gegenwärtig ohnehin polarisierten Weltlage eher mehr als weniger Konfliktpotenzial. Zudem basieren Wirtschaftsbeziehungen auf langfristigen Perspektiven, während sich die politische Situation in Partnerländern (sowohl die „Freundlichkeit“ amtierender Regierungen als auch der demokratische Charakter des politischen Systems) kurzfristig ändern kann.

**2 Unregulierte Verflechtung** Auch der Kontrapunkt einer unregulierten Verflechtung mit China findet sich nur selten in Reinform. Er entspringt der Unternehmenswelt, die die Alternativlosigkeit der ökonomischen Verflechtung zwischen Deutschland/Europa und China in das Zentrum ihrer Überlegungen stellt. Annäherungsweise kommt diese Idee in einer Stellungnahme von acht deutschen Spitzenmanager:innen aus dem November 2022 zum Ausdruck, die Deutschlands und Europas wirtschaftliche Entwicklung und zukünftige Wettbewerbsfähigkeit auf die starke Verflechtung mit China zurückführen und Arbeitsplätze und Innovationskraft gefährdet sehen, sollte es zu einem Rückzug kommen. Obwohl sie einen differenzierten Kurs gegenüber China unterstützen, plädieren sie zugleich für die Pflege der bestehenden und sogar für die gezielte Forcierung weiterer Vernetzung, um Projekte in beiderseitigem Interesse zu verwirklichen. In dieser Idee kommt auch die Sorge zum Ausdruck, dass ein Rückzug aus China (decoupling) dazu führen würde, dass andere Staaten, etwa aus dem Nahen Osten, in die Lücke springen und Deutschland und Europa insgesamt wirtschaftlich zurückfallen (→ Brudermüller et al. 2022).

Als institutionelle Friedensstrategie schneidet auch diese Idee schwach ab. Das liegt zum einen daran, dass hinter einem solchen Kurs eigentlich kein politisches Konzept steht, sondern sich dieser aus rein (privat-)wirtschaftlichen Interessen speist. Das zentrale Argument für eine unregulierte Verflechtung ist, dass mit einer Entkopplung Kosten und Wohlfahrtsverluste einhergingen, die sich niemand leisten wolle. Es ist ein Wettbewerbsargument. Gerade die Erfahrung mit Russland hat aber gezeigt, dass Verflechtung nicht rein wirtschaftlich gelesen werden kann: Sie hat politische Implikationen und muss deshalb auch politisch bearbeitet werden. Solange das in der Verflechtung mit China nicht gelingt, ist ein simples „Weiter so“ problematisch.

**3 Kontrollierte Ent- und Verflechtung** Wenn die beiden zuvor diskutierten Ideen nicht tragfähig sind, muss es darum gehen, gezielt Konflikttreiber abzumildern und friedensförderliche Aspekte von Verflechtung zu stärken. Das lässt sich im Sinne einer kontrollierten Ent- und Verflechtungsstrategie erreichen. Formen stark asymmetrischer Verflechtungen sollten abgebaut werden, ohne den Handel mit China komplett infrage zu stellen. Im Sinne der Interdependenzforschung geht es darum, nicht wirtschaftliche Interdependenz per se, sondern die eigene Verletzlichkeit zu reduzieren.

Dafür müssen alle Verflechtungsbeziehungen mit China differenziert geprüft und in kritischen Handlungsfeldern wie Infrastrukturen, Rohstoffen und Schlüsseltechnologien durch Flexibilisierung und den Aufbau von Vorhaltekapazitäten (Stichwort: Onshoring) abgebaut werden. Einige dieser Punkte sind von der deutschen und europäischen Politik bereits erkannt worden. So nennt der Entwurf der China-Strategie des Auswärtigen Amts die Kategorien Seltene Erden, Batterietechnik, Photovoltaik und Pharma-Vorprodukte als Güter, in denen Deutschland und die EU von chinesischen Importen abhängig seien. Um diese zu reduzieren, sollen eigene Fertigungs- und Vorhaltekapazitäten gestärkt und Importe stärker diversifiziert werden. Teils decken sich diese Pläne mit EU-Initiativen wie dem Aktionsplan für Kritische Rohstoffe von 2020.

So sinnvoll diese Überlegungen sind, so schwierig ist ihre Umsetzung. Die Liste von Schlüsselgütern beziehungsweise der ihnen zugehörigen Komponenten ist kaum scharf abzugrenzen, weil sie selbst von politischen Krisenwahrnehmungen beeinflusst wird. Vor der Corona-Pandemie galt die Medikamentenproduktion nicht als neuralgischer Bereich, mittlerweile zählt sie dazu. Auch muss kritisch gefragt werden, ob On- und Nearshoring in allen Fällen funktionieren kann: Im Bereich Seltener Erden ist aus Umweltschutzgründen eine Förderung in Europa sehr umstritten und nicht alle seltene Rohstoffe sind in geographischer oder politischer Nähe zu ersetzen. Ebenfalls problematisch ist es, Diversifizierung und Flexibilisierung über Friendshoring zu betreiben, weil es die bereits diskutierten Exklusionsdynamiken freisetzen könnte.

Angesichts dieser Ausgangslage, in der zentrale Rohstoffe oder Komponenten nicht in geographischer oder politischer Nähe zu vernünftigen Konditionen zu bekommen sind oder aber selbst über Ausgrenzungsprozesse konflikttreibend wirken, braucht die kontrollierte Ent- und Verflechtung kein Friendshoring, sondern ein „Making-Friends-Shoring“. In einer Phase zunehmender Großmachtrivalitäten und einer generellen Polarisierung auf der globalen Ebene ist es friedenspolitisch geboten, integrative, kooperative Signale zu setzen. Das legt eine Strategie nahe, in Schlüsselbereichen und für strategische Rohstoffe Handelsabkommen und Partnerschaften mit Staaten des Globalen Südens anzustreben, sprich: Verflechtung zu befördern, auch wenn diese keine Demokratien sind. Um das ermöglichen zu können, ist zweierlei nötig: Erstens müssten Abkommen und Partnerschaften die wirtschaftlichen Interessen des Gegenübers mindestens genauso wichtig nehmen wie die eigenen oder sogar Abstriche an den eigenen Interessen vornehmen. Nur dann werden viele Länder des Globalen Südens überhaupt willens sein, sich auf solche Partnerschaften einzulassen, wenn sie zugleich Angebote von China oder auch Russland in ähnlichen Bereichen erhalten. Zweitens ist das Konzept wertegebundener Außenpolitik so differenziert zu fassen, dass deutlich(er) wird, bis zu welchem Punkt die Politik Abstriche an den eigenen Wertvorstellungen hinzunehmen bereit ist. Nur dann können überzeugende Angebote unterbreitet werden.

Making Friends statt  
Friendshoring



Kontrollierte Ent- und Verflechtung nur gemeinsam mit europäischen Partnern sinnvoll

Eine kontrollierte Ent- und Verflechtung und ein Making-Friends-Shoring sollten nicht als unilaterale Strategie geplant, sondern gemeinsam mit den europäischen Partnern vorangetrieben werden, denn nur dann wird sie genügend Gewicht erhalten. Schließlich muss sie, wie die Forschungslage verdeutlicht, institutionell abgesichert werden. Mit der WTO existiert zwar eine globale Institution zur Beilegung von Handelskonflikten, allerdings steckt diese wie oben beschrieben → 4.1 /111 in der Krise und ihre zentralen Organe sind blockiert. Chinas WTO-Mitgliedschaft hat das Land nicht davon abgehalten, Handel als Waffe zu benutzen: 2021 wurde Litauen de facto vom chinesischen Markt ausgesperrt, um dessen wahrgenommene Annäherung an Taiwan zu bestrafen; der Fall wurde Ende 2022 an die WTO überwiesen und ist seither anhängig. Auf EU-Ebene steht die Schaffung eines „Anti-Coercion“ Instruments unmittelbar bevor, das in solchen Fällen schnellere, kollektive Gegenmaßnahmen wie Straftarife und Exportbeschränkungen verspricht.

Die Krise internationaler Institutionen liegt auch darin begründet, dass die multilaterale Ordnung sich seit den 1990er Jahren stetig erweitert hat, sich aber damit auch die politischen Gegensätze vertieft und zusehends verfestigt haben. Institutionen, die auf diese Formen der Rivalität nicht ausgerichtet sind, wie zum Beispiel die WTO, können ihre Funktion des Interdependenzmanagements daher kaum mehr erfüllen. Um diese Lücke zu schließen, greifen die Staaten vermehrt auf bilaterale oder minilaterale Abkommen zurück. Diese Praxis läuft zwar den ursprünglichen Zielen der WTO zuwider, sie könnte aber ein wesentliches Element der Reform der Regulierung des Welthandels sein und deren vollständiges Scheitern verhindern. So könnte die WTO eine Rahmenordnung mit grundlegenden, gemeinsamen Regeln und Verfahren für alle Staaten bieten und zugleich erlauben, dass sich gleichgesinnte Staaten in bestimmten Regionen oder Sektoren mit entsprechend höheren Handelsvorteilen enger integrieren (→ Christian et al. 2023; siehe auch Felbermayr 2019).

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wirtschaftliche Verflechtung kann Frieden nicht garantieren, aber fördern – wenn sie bestimmte Merkmale aufweist. Sie sollte starke Asymmetrien vermeiden oder ausgleichen und ein institutionelles Management aufweisen, um Missverhältnisse abzufedern sowie Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu bearbeiten. Am besten funktioniert ökonomische Verflechtung zwischen Demokratien. Doch das ist in der gegenwärtigen Weltlage weder der Regelfall noch sollte es gezielt forciert werden. Ideen im Kontext von Entflechtung wie Friendshoring, die auf dieses demokratische Potenzial setzen, können selbst zum Konflikttreiber werden, weil sie die Mehrheit der Staaten von möglicherweise vorteilhaften Handelsbeziehungen ausschließen. Gerade in einer weltpolitischen Phase, die durch Konflikte, Großmachtrivalitäten und Polarisierung gekennzeichnet ist, wäre das friedenspolitisch kontraproduktiv.